

Kraft der Bürgergenossen

Das erste genossenschaftlich betriebene Bürgerwindrad Sachsens ist seit Dezember 2015 in der Gemeinde Wülknitz im Landkreis Meißen in Betrieb. Die Idee zum Bürgerwindrad hatte der ehrenamtliche Bürgermeister. **Seite 6**

Windkraft im Südwesten

Am 13. März werden im Südwesten die Wähler zu den Urnen gerufen. Zeit für eine Bewertung, wie weit Grün-Rot die Energiewende vorangebracht hat. Kommunalberater Rolf Pfeifer widmet sich der Windenergie-wende in seinem Land: **Seite 7**

Waschbärenkraft

Welche Auswirkungen haben gebietsfremde Arten auf die heimische Flora und Fauna? Kann man die Bioinvasoren stoppen? Antworten darauf gibt ein neues Management-Handbuch des Bundesamts für Naturschutz. **Seite 8**



Begrenzte Aussicht

Foto: Windstrom Vindvet

Blick aus der Gondel einer Windkraftanlage: 2015 war für die Branche mit 3,5 GW Zubau das bisher zweitstärkste Jahr überhaupt. Auch 2016 rechnet man noch mit einem Plus von 3 GW.

Mit knapp 26 000 Rotoren ist Deutschland in Sachen Windenergie-wende an Land gut aufgestellt. Doch für 45 Prozent Ökostromanteil bis 2025 reicht das noch nicht. Insgesamt waren Ende 2015 exakt 41 651 MW Windleistung an Land installiert, die 2015 rund 78 TWh und damit zwölf Prozent des inländischen Stroms erzeugten – so die kürzlich präsentierten Zahlen der Deutschen WindGuard. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, eine Forschungseinrichtung des Umweltministeriums, berechnete soeben das Flächenpotenzial für Windräder und kommt auf 8,6 Prozent des Landesgebiets – und auf eine potenziell instal-

lierbare Leistung von 610 000 MW! Da ist also noch viel Luft nach oben. Bloß, nicht nur die Windkraft hat noch viel Platz, auch die Proteste dagegen nehmen immer mehr Raum ein. In Mecklenburg-Vorpommern wollen Windkraftgegner gar zur Partei werden und bei der Landtagswahl antreten. Auch die Bundesregierung will den weiteren Zubau der Windräder bremsen und an Land auf 2 500 MW im Jahr begrenzen. Dazu will sie das EEG dieses Jahr umfassend reformieren. Das neue Förderregime sieht vor, jährlich ein variables und vom Zubau anderer erneuerbarer Energiequellen abhängiges Volumen an Windenergieleistung auszuschreiben. Fortsetzung auf S. 2

INHALT

Merk-Würdiges Kommunalfreundlicher EnWG-Entwurf	2-3
Aus Kommunen und Regionen Dortmund: Fluglärm Duisburg: Wärmeversorgung	4
Aus Unternehmen und Forschung Nachhaltige E-Werke, nachhaltige Flaschen, Fonds, Flughafen	5
Best Practice Energie-Kommune Wülknitz	6
Trends Windenergie-wende im Südwesten	7
Hintergrund Bioinvasoren	8
Abfall Wertstoffgesetz, Biotonne	9
Immissionsschutz Luftqualität: zu hohe NO _x -Werte	10
Energie KWK-Gesetz setzt Marktimpulse	11
Naturschutz Waldzustand	12
Klima Deutschlands CO ₂ -Bilanz	13
Publikationen	14
Bürgerinfo Schimmelpilz	15
Veranstaltungen / Impressum	16

Fortsetzung von Seite 1

Der förderungsfähige Zubau würde also jährlich schwanken, nur für die Jahre 2019 und 2020 gäbe es genaue Ausschreibungsmengen – da schrillen in der Branche natürlich ad hoc die Alarmglocken. „So ein volatiler Ausbaupfad auf niedrigem Niveau hätte schwere Folgen für den Technologiestandort Deutschland“, klagt VDMA Power Systems-Chef Matthias Zelinger.

Auch die Ministerpräsidenten der norddeutschen Bundesländer halten davon wenig. In einem gemeinsamen Appell, den sie am 25. Januar in Wismar vorstellten, erklären Sie, dass die 40 bis 45 Prozent Grünstromanteil bis 2025 „nicht als Obergrenze missverstanden werden“ dürfen. „Der künftig deutlich höhere Bedarf an erneuerbarem Strom z.B. im Wärme- und Mobilitätsbereich sowie das Abkommen von Paris sprechen für eine schnellere Zielerreichung. Allein durch den bis 2022 vollendeten Atomausstieg fallen zudem ca. 16 Prozent der deutschen Stromerzeugung weg“, heißt es in dem Papier. Am Windkraftzubau von 2500 MW pro Jahr müsse daher festgehalten werden.

Auch Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller unterstützt den Warnruf der Nordländer. Kein Wunder, denn im Südwesten ist in Sachen Windkraft „endlich der Knoten geplatzt“, wie der Präsident des Bundesverbandes Windenergie (BWE), Hermann Albers, lobt. Unter allen Bundesländern konnte Baden-Württemberg mit 53 neuen Windrädern oder 144 MW Zubau 2015 die deutlichste Steigerung gegenüber dem Vorjahr (18 MW) verzeichnen. Positiv gestaltet sich der Zubau auch in NRW. Dort legte die Windkraft 2015 um 421 MW zu (nach 300 MW im Jahr 2014). Ja selbst in Bayern, das sich laut Albers „von der Energiewende verabschiedet hat“, gab es trotz Abstandsregelung „einen nur moderaten Rückgang, da auf Basis alter Genehmigungsanträge gebaut wird“.

Dieses Jahr rechnet die Branche immer noch bundesweit mit einem Plus von 3000 MW, da es noch viele bereits registrierte, aber noch nicht umgesetzte Genehmigungen vor allem in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, NRW und Baden-Württemberg gebe. (tb)

► www.wind-energie.de/presse/pressemitteilungen/2016/windenergie-land-analyse-deutscher-markt-2015

► www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA_Wind_Zubauanalyse_WindanLand_Gesamtjahr2015.pdf

► Der *Wismarer Appell* steht zum Download bereit unter www.wind-energie.de/presse/meldungen/2016/wismarer-appell-zum-norddeutschen-windenergiegipfel-am-25012016

„Verbietet das Bauen!“

Der Titel ist natürlich Provokation

Und doch liest sich „Verbietet das Bauen!“, diese Streitschrift, als die das Buch von Daniel Fuhrhop angekündigt wird, über weite Strecken recht vernünftig. Wohltuend gar: In Zeiten, in denen Zweifel am Neubaubedarf fast schon als unanständig gelten, ist es an der Zeit einmal einen Schritt zurück zu treten, und sich nüchtern die Sachlage zu betrachten.

Und genau das tut Daniel Fuhrhop. Er hat Architektur und Betriebswirtschaft studiert, ist also vom Fach. Auch das Schreiben ist ihm nicht fremd; 15 Jahre lang war er Architekturverleger und kam dabei zum Schluss, dass es in Deutschland ausreichend Immobilien gibt. Man müsse nur die vorhandenen Gebäude besser nutzen. Deshalb stellt er nun entsprechende Konzepte vor. Klar, Vorschläge, wie den Umbau leerstehender Büroräume zu Wohnungen sind nicht neu. Auch die Einliegerwohnung, die geschaffen wird, wenn die Kinder aus dem Haus sind, ist bekannt. Aber Fuhrhop hat deutlich mehr auf Lager, was er in seinen „50 Werkzeugen, die Neubau überflüssig machen“ darstellt.

Eines der Werkzeuge ist die Förderung von Umzügen – etwa durch einen Zuschuss für jeden Quadratmeter, um den die neue Wohnung kleiner ist. Dabei betrachtet der Autor das Thema ganz ökonomisch: Bewohnt jemand 100 m², obwohl er nur 70 braucht, kommen durch einen Umzug 30 m² an zusätzlichem Wohnraum auf den Markt. Wollte man diesen neu bauen, würde er im Mittel 60000 Euro kosten. Da ist der Umzug deutlich billiger – es ist diese so kompromisslos pragmatische Herangehensweise, die das Buch lesenswert macht.

Fuhrhop mag die Überspitzung. Er schlägt vor, für München Anti-Werbung zu schalten, die auf die Nachteile, wie etwa die hohen Mieten, hinweist. Das klingt natürlich absurd, doch der Autor will damit eine durchaus vernünftige Debatte lostreten: Warum müssen Boomstädte weiterhin Geld für Wirtschaftsförderung ausgeben, und damit volle Städte noch voller (und leere noch leerer) machen?

► Daniel Fuhrhop: *Verbietet das Bauen!* 192 S. 17,95 Euro; oekom Verlag, www.oekom.de

Ein Foto – und was dahinter steckt

Stunde der lautesten Pfeifer



Foto: Frank Derer

Seinen unverkennbar pfeifenden Gesang kann man in Gärten und Wäldern hierzulande bereits im Februar vernehmen: Der Kleiber bleibt die kalten Monate über im Revier. Dass der kleine Standvogel auch im Winter Larven aus den Ritzen der Borke holt, brachte ihm den Namen „Spechtmeise“ ein. In der kalten Jahreszeit fressen Kleiber aber auch Eicheln, Bucheckern und Nüsse. Laut der 6. Zählaktion des Nabu behauptete *Sitta europaea* seinen Platz unter den 13 meist gesehenen Wintervögeln. Unter den dabei zweieinhalb Millionen gezählten Vögeln in mehr als 63000 Gärten ließ sich der Kleiber knapp 50000 Mal blicken oder hören. Am häufigsten waren wie immer die Sperlinge, Kohl- und Blaumeise sowie die Amsel. (tb)

Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)

Vorschlag zur Güte

Freiburger Verwaltungsrechtler haben die Diskussion um die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) um einen bisher wenig beachteten Aspekt erweitert. In einem Entwurf zum § 46, der die Vergabe von Wegenutzungs- und Konzessionsverträgen regelt, schlagen sie vor, von einer Pflicht zur Ausschreibung abzusehen, sobald die Gemeinde das örtliche Netz selbst betreiben will. Schließlich sei die Gemeinde in einer Gewährleistungsverantwortung, begründet Rechtsanwalt Dominik Kupfer von der Kanzlei W2K diesen Vorschlag: „Sollte eines Tages niemand mehr Interesse daran haben, ein Netz zu übernehmen, dann muss die Kommune es selbst betreiben.“ Aus diesem Grund sei es angemessen, der Kommune das Netz auch ohne Ausschreibung selbst zu überlassen, wenn sie sich dazu entschließt.

Einen entsprechenden kommunalfreundlichen Gesetzentwurf hat die Freiburger Kanzlei nun im Auftrag des Fördervereins für umweltfreundliche Stromverteilung und Energieerzeugung (FuSS e.V.) aus Schönau vorgelegt. Eine solche Regelung sei gemäß Rechtsprechung des EuGH mit dem Europarecht vereinbar, sagt Kupfer. Strategischer Vordenker in diese Richtung ist auch Michael Sladek, Mitbegründer der Schönauer Energieinitiativen und der

Elektrizitätswerke Schönau (EWS). Sladek fordert, dass es ausreichen müsse, wenn eine Kommune ihre maßgeblichen Gründe für einen Netzbetrieb in Eigenregie öffentlich bekannt gibt. Dann müsse sie grundsätzlich Priorität vor externen Bewerbern haben. Entscheide sich eine Gemeinde dafür, gemeinsam mit einem oder mehreren Partnern eine kommunale Beteiligungsgesellschaft zu gründen, müsse es genügen, wenn die Gemeinde lediglich die Beteiligung an der zu gründenden Gesellschaft ausschreibt. Der kommunale Anteil wäre in jedem Fall gesetzt.

Mit einer solchen Regelung würden die Kommunen wieder einen Teil jenes Gestaltungsspielraums zurückerlangen, den sie einst hatten. So konnten die EWS in den neunziger Jahren noch ohne Ausschreibung, alleine auf Basis kommunalpolitischer Entscheidungen (darunter waren auch zwei Bürgerentscheide), das örtliche Netz übernehmen. Diese Form der gemeindlichen Selbstverwaltung ist heute nicht mehr möglich, was Sladek sogar für einen Verstoß gegen Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes hält. (bj)

► W2K Wurster, Weiß, Kupfer Rechtsanwälte
Kaiser-Joseph-Straße 247, 79098 Freiburg
Fon 0761/211149-0, Fax 0761/211149-45
freiburg@w2k.de, www.w2k.de

Auskunftsverweigerung

Kraftfahrt-Bundesamt schweigt still

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) klagt gegen das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) wegen dessen Informationsverweigerung zum VW-Skandal bzw. zur amtlich angeordneten Rückrufaktion des Konzerns. Der Verband stützt sich dabei auf das Umweltinformationsgesetz. Bereits Mitte Oktober 2015 soll DUH-Anwalt Remo Klinger bei der KBA „Akteneinsicht in die gegenüber der Volkswagen AG verfügte Rückrufanforderung der betroffenen Dieselfahrzeugmodelle sowie den gesamten dazu vorliegenden Schriftverkehr“ verlangt haben.

„Es folgten mehrere Schriftwechsel und Telefonate, mit der Konsequenz, dass trotz eindeutiger Rechtslage bis heute keinerlei Informationen“ an die DUH herausgegeben wurden, sagt Klinger. Es sei nicht bekannt, welche Anforderungen an die Rückrufaktion gestellt würden und wer den Er-

folg der Nachrüstung kontrolliere. Welche Veränderungen der Leistungs-, Spritverbrauchs-, CO₂- sowie sonstiger Emissionswerte damit verbunden seien, interessiert den Umweltverband besonders.

„Während uns die USA und Frankreich zeigen, dass Bevölkerung und betroffene Autohalter einen Anspruch auf lückenlose Aufklärung haben, schweigt Verkehrsminister Dobrindt auch vier Monate nach Bekanntwerden des Skandals“, sagt DUH-Chef Jürgen Resch. Obwohl dem Bundesverkehrsministerium Messdaten von mehr als 50 Fahrzeugen und detaillierte Angaben über das Fehlverhalten der VW-Betrugsdiesel vorlägen, würden diese bis heute rechtswidrig geheim gehalten, so Resch. (tb)

► www.duh.de/uploads/media/Untaetigkeitsklage_DUH_vs._KBA_wegen_Dokumente_zur_Rueckrufanordnung_VW.pdf

Umweltbuch

Geschichte des grünen Deutschlands: Zeit war reif

Wisst Ihr eigentlich, wie gut Ihr's habt? raunt man uns Deutschen neidisch im Ausland zu. Wir haben „strenge“ Umweltgesetze, Umwelttechnik von Weltrang, einen Atomausstieg, starke Umweltverbände und eine Grüne Partei. Ja, mag sein, dass die Umweltpolitik anderswo viel weniger gilt, aber aus der Binnensicht bemerken wir eher: noch immer 45 Prozent klimaschädlichen Kohlestrom, die meisten Flüsse reguliert, der CO₂-Ausstoß viel zu hoch, die Autokonzerne bauen weiter PS-starke Boliden, freie Fahrt auf deutschen Autobahnen. Jeder weiß, dass auch Deutschland auf dem Weg zur Nachhaltigkeit noch einen weiten Weg vor sich hat.

Der an der Universität Birmingham lehrende Umwelthistoriker Frank Uekötter will nun wissen, wie es überhaupt soweit mit unserem Umweltbewusstsein kommen konnte. Warum gehört die Ökologie unzweifelhaft zu Deutschland? Uekötter begibt sich auf die Suche, nennt ein paar Daten (1864 Schwarzwaldverein, 1875 Verein für Vogelkunde) und stellt schnell fest: „Nie hat es in Deutschland eine allgemein verbindliche Leitvorstellung der zu schützenden Natur gegeben.“ Aus dem Dickicht der Verbände begann sich nach 1900 ein Konsens herauszuschälen: „Der Schutz der Natur beruht auf dem Schutz der Fläche.“ 1922 wies die Preußische Staatsregierung das erste NSG aus: das Siebengebirge. Uekötter konstatiert: Naturschutz in Deutschland ist immer ein Hybrid aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Autoritäten. Und nicht zuletzt gründeten die Stadtverwaltungen im späten 19. Jahrhundert Betriebe, Wasserwerke, Schlachthöfe, Müllabfuhr, Gas- und Elektrizitätswerke und Gartenämter. Die kommunale Daseinsvorsorge wurde immer mehr diskutiert. Uekötter sammelt und kommentiert, er kalauert, entdeckt hier Anekdotenreiches und da den ersten Umweltroman der deutschen Geschichte (Raabes „Pfisters Mühle“). An Kohärenz allerdings lässt es Uekötter vermissen, es will sich einfach kein einheitliches Bild ergeben. Nun, das war ja wohl auch seine These. (tb)

► Frank Uekötter:
Deutschland in Grün – eine zwiespältige Erfolgsgeschichte 280 S. 29.95 Euro; Verlagsgruppe Vandenhoeck & Ruprecht 2015.



HAMBURG – Atomtransporte. 4000 Unterschriften an SPD-Bürgermeister Olaf Scholz haben nicht bewirkt, dass Rot-Grün ihren Koalitionsvertrag erfüllt und die Atomtransporte über den Hafen bzw. die Bahn stoppt. Ein Bündnis aus Umweltverbänden und Initiativen hat 2015 mindestens 139 Transporte registriert, und im Januar 2016 bereits zwei. Transportiert würden von radioaktiven Abfällen über neue und gebrauchte Brennstäbe bis hin zu Uranerz, z.B. aus Kasachstan, das per Schiff geliefert werde, und dann mit der Bahn nach Südfrankreich geschafft wird. (mb)

► Robin Wood, Ute Bertrand, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg-Harburg, Fon 040/380892-22, Fax -14 presse@robinwood.de, www.robinwood.de

OSTPRIGNITZ – Waldrenaturierung. Auf der 3850 ha großen DBU-Naturerbestfläche Rühnicker Heide in Brandenburg soll ein groß angelegtes Experiment zeigen, unter welchen Bedingungen sich aus einem (Kiefern-dominierten) Wirtschaftswald möglichst bald ein naturnaher Laubmischwald entwickelt. Geklärt werden soll auch der Einfluss von Windwurf und anderem Totholz auf eine solche Entwicklung, und inwiefern sich die Renaturierung mit gepflanzten Jungbäumen beschleunigt. (mb)

► DBU, Franz-Georg Elpers, Fon 0541/9633521 Fax 0541/9633198, www.wildnis-naturerbe.de

BERLIN – Für einen Volksentscheid Fahrrad. Akteure fordern ein Radverkehrsgesetz, das über einen 10-Punkte-Plan binnen fünf Jahren eine attraktive und sichere Radinfrastruktur schafft. Dazu fordert man auch Personal und Budget und sammelt nun Unterschriften für einen Volksentscheid. Die Initiative will so den Radverkehr zur Chefsache im Wahlkampf zum neuen Abgeordnetenhaus machen. (mb)

► Agentur für clevere Städte, Heinrich Strößenreuther, Galvanistr. 10, 10587 Berlin, Fon 0160/9744 2395, <https://volksentscheid-fahrrad.de>

WERNEUCHEN – Klimaschutz. Obwohl die 24 Windräder und zwei große Freiflächen-PV-Anlagen bereits dreimal soviel Ökostrom produzieren wie die Stadt im Kreis Barnim verbraucht, liegt der CO₂-Ausstoß pro Kopf noch bei 8,3 t im Jahr. Hauptfaktor sei der Verkehr. Der Stadtrat hat nun einer weiteren PV-Anlage auf der ehemaligen Mülldeponie zugestimmt und plant Weiteres zur Energieeffizienz, wie z.B. LED-Leuchten für Gebäude und Straßen, Nahwärmenetze für die Bioenergie sowie einen dichteren Regionalbahn-Takt. (mb)

► Barnimer Energiegesellschaft mbH, Heike Preusse, Fon 03334/498-532, Fax -507, heike.preusse@beg-barnim.de, www.beg-barnim.de

MÜNSTERLAND – Wald & Tourismus. Im Projekt WALDband untersuchen der Regionalverband Ruhr (RVR), der Landesbetrieb Wald und Holz und der Naturpark Hohe Mark Westmünsterland, wie man neue Freizeit-, Tourismus- und Umweltbildungsangebote schaffen kann und wie zugleich durch eine bessere Besucherlenkung Konflikte zwischen den Nutzergruppen sowie dem Naturschutz zu entschärfen sind. Als Forschungsraum dienen 36000 ha Wald zwischen dem ländlichen Münsterland und der urbanen Metropole Ruhr. (mb)

► RVR, Presse, Barbara Klask, Kronprinzenstr. 35 45128 Essen, Fon 0201/2069-201, klask@rvr-online.de, www.regionale2016.de

DORTMUND – Fluglärm. Das OVG Münster hat die Genehmigung der Bezirksregierung Münster für Nachtflüge auf dem Flughafen Dortmund für rechtswidrig erklärt, jedoch nicht aufgehoben, weil die in den vier Urteilen monierten Abwägungsfehler zu beheben seien. Geklagt hatten Anwohner und die Stadt Unna. Die Bezirksregierung hatte Betriebszeiten zwischen 6 und 22.30 Uhr genehmigt, planmäßige Landungen waren bis 23 Uhr erlaubt. Für diesen Nachtverkehr fehle ein plausibler Nachweis, dass er nicht tagsüber abgewickelt werden könne, urteilten die Richter. (mb)

► Oberverwaltungsgericht NRW – OVG Münster, Vors. Richter Dr. Ulrich Lau, Postfach 6309, 48033 Münster, Fon 0251/505-255, pressestelle@ovg.nrw.de, www.ovg.nrw.de (>Presse > Archiv 2015)

DUISBURG – Wärmeversorgung. Die Einwohnerzahl ist um mehr als ein Fünftel geschrumpft. Um dem Rechnung zu tragen, entwirft eine Studie im Auftrag der Stadtwerke Szenarien zur Anpassung an den sinkenden Wärmebedarf und untersucht, ob und wo ein Wechsel der Energieträger sinnvoll wäre. Die Autoren empfehlen, das Fernwärmenetz Mitte-West-Süd mit dem benachbarten Fernwärmenetz zu verknüpfen. Damit könnte Industrieabwärme besser genutzt werden. (mb)

► Das BINE-Projektinfo 16/2015: *Zukünftige Wärmeversorgung entworfen.* (4 S.) erhalten Sie als PDF unter www.bine.info oder gedruckt bei: BINE Informationsdienst, Kaiserstr. 185-197, 53113 Bonn, Fon 0228/92379-0, Fax 0228/92379-29, info@bine.info

► Stadtwerke Duisburg, Presse, Thomas Nordiek Bungertstr. 27, 47053 Duisburg, Fon 0203/604-2708, nordiek@dvv.de, medienservice@dvv.de, www.stadtwerke-duisburg.de/medienservice.html

HEIDELBERG – Solarstrom-Ausbau. 23 neue Solaranlagen mit 260 kW_p-Leistung haben die Stadtwerke 2015 errichtet. Und zwar mit dem Geld aus dem Aufschlag ihres Ökostromtarifs Heidelberg-Green. Seit dessen Einführung 2001 haben die Stadtwerke 79 PV-Anlagen mit 3,7 MW_p in

Heidelberg und der Region gebaut. Mit ihren 3,5 GWh Strom können sie übers Jahr mehr als 1500 Haushalte versorgen. Der CO₂-Ausstoß sinkt damit um 2000 t. (mb)

► Stadtwerke Heidelberg, Julia Kühner-Lößl Kurfürsten-Anlage 42-50, 69115 Heidelberg Fon 06221/513-4331, Fax -3370, julia.kuehner-loessl@swhd.de, www.swhd.de/heidelberg-green

ILSFELD – European Energy Award. Das 9000-Einwohner-Dorf hat das Zertifizierungsverfahren für den European Energy Award in nur zwei Jahren absolviert und ist nun die erste Gemeinde im Kreis Heilbronn mit dieser Auszeichnung. Die Gemeinde engagiert sich seit langem für den Klimaschutz, ist seit 2008 „Umweltzone“ und will für Bürgerschaft und Gewerbe bald eine nachhaltige Wärmeversorgung auf Basis von Abwasserwärme sowie von Solarthermiefeldern aufbauen. (mb)

► Gemeinde Ilfeld, Hauptamt (Presse und Kultur) Miriam Kloiber, Rathausstr. 8, 74360 Ilfeld Fon 07062/9042-18, miriam.kloiber@ilsfeld.de www.ilsfeld.de (> Klimaschutz/Energie)

REUTLINGEN – Luftreinhaltung. Um den Auflagen des Verwaltungsgerichts Sigma-ringen sowie denen aus dem Vertragsverletzungsverfahren der EU nachzukommen, hat die Stadt ihr Konzept für einen Luftreinhalteplan vorgelegt: Größtes Entlastungspotenzial sieht man im Scheibengipfeltunnel, der ab 2017 den Straßenverkehr verlagern und so die Schadstoffwerte dauerhaft senken soll. Überdies will die Stadt, unterstützt vom Land, ihr Stadtbuskonzept umsetzen sowie den Rad- und Fußverkehr fördern. (mb)

► Stadt Reutlingen, Amt für Öffentlichkeitsarbeit Wolfgang Löffler, Marktplatz 22, 72764 Reutlingen Fon 07121/303-2323, presse@reutlingen.de <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/Abt5/Ref541/Luftreinhalteplaene/Seiten/default.aspx>

EBERSBERG – Virtuelles Kraftwerk. Ein solches bringen die lokale Energiegenossenschaft REGE und das Landratsamt an den Start: Es bündelt die Kapazitäten von dezentralen Anlagen Erneuerbarer Energien und koordiniert sie, damit man die Energie auch regional vermarkten kann. Mit dem Produkt „EBERstrom“ spricht man vor allem die Verbraucher in den 21 Gemeinden des Landkreises an. Schon jetzt könnten 2700 Haushalte versorgt werden, bis Jahresende will man die Leistung auf 3 MWh verdreifachen. Doch dafür müssten weitere Energieerzeuger hinzu kommen. (Bis Ende 2017 sind 7 MWh geplant: Das entspräche etwa 14 % des Stromverbrauchs im Kreis.) (mb)

► Energieagentur Ebersberg gGmbH Manuel Herzog, Eichthalstr. 5, 85560 Ebersberg Fon 08092/823-513, Fax 08092/823-9108, manuel.herzog@ira-ebe.bayern.de, energieagentur@ira-ebe.de, www.energiewende-ebersberg.de/News/549/

+++ Nachhaltige Werkstatt. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat den Stromversorger Elektrizitätswerke Schönau (EWS) mit dem Qualitätssiegel „Werkstatt N“ ausgezeichnet. Das Unternehmen finanziert seit 2010 den Aufbau kommunaler Ökostromkraftwerke und Energiesparprojekte. Das nötige Geld dafür sammelt EWS mithilfe spezieller Ökostrom- und Gastarife ein und füttert damit einen Fonds, den die gemeinnützige Klimastiftung verwaltet. Die Erträge der mit diesem Geld gebauten Kraftwerke wiederum stehen für gemeinnützige Projekte zur Verfügung. Dafür wurden der Stromversorger und seine Kooperationspartner als „Wegbereiter einer neuen Gesellschaft“ ausgezeichnet. Das Werkstatt-N-Siegel wird an „richtungsweisende Ideen und Projekte“ vergeben, die „nachhaltiges Denken und Handeln im Alltag lebendig machen“. Das Siegel zeichnet sowohl Projekte aus, die den Praxistest bereits bestanden haben, als auch beispielgebende Ideen, die noch der Umsetzung harren. (hn)

► www.werkstatt-n.de

► RNE, Stephanie Adler, Fon 030/338424-279
Fax -22233, stephanie.adler@nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de.

+++ Nachhaltige Fonds boomen. Die Deutschen haben im vergangenen Jahr 37,6 Mrd. Euro in Fonds investiert, die nach ethischen, ökologischen oder sozialen Kriterien wirtschaften. Das berichtet der Branchendienst *Eco-Reporter* aus Dortmund. Demnach konnten nachhaltige Geldanlagen – dazu gehören u.a. Aktien-, Renten-, Misch- und Dachfonds – ihr Volumen um acht Prozent steigern. Im Vorjahr seien darin 35 Mrd. Euro investiert worden, schreibt der Infodienst, der diese Marktanalyse seit 1997 jährlich durchführt. Zum Vergleich: Das gesamte in Deutschland in Publikumsfonds verwaltete Vermögen liegt bei rund 900 Mrd. Euro. Laut *Eco-Reporter* können deutsche Anleger derzeit aus 261 nachhaltigen Fonds auswählen. Allerdings waren es 2012 noch 300. Es habe eine leichte Marktberreinigung gegeben, so *Eco-Reporter* Jörg Weber: „Die Fondsanbieter haben kleinere Fonds, die ihnen nicht mehr rentabel erschienen, aus dem Angebot genommen.“ 2015 seien 18 nachhaltige Fonds eingestellt worden, jedoch auch zehn neue an den Start gegangen. 1997, als der Infodienst zum ersten Mal den Markt für ethische Geldanlagen untersuchte, gab es nur zwölf nachhaltige Fonds in Deutschland mit einem Volumen von 220 Mio. Euro. (hn)

► *Eco-Reporter*, Jörg Weber, Semerteichstr. 60
44141 Dortmund, Fon 0231/47735960
Fax 0231/37735961, weber@ecoreporter.de
www.ecoreporter.de

+++ Nachhaltige Plastikflaschen mit Fragezeichen. Lidl bewirbt seine Getränkeeigenmarken als „besonders umweltfreundlich“. Deren Einwegplastikflaschen würden in einem geschlossenen Kreislauf wiederverwertet. Die PET-Flaschen der Eigenmarken Freeway, Saskia und Mixxed Up bestünden zur Hälfte aus Material, das auf diese Weise zurückgewonnen werde. Deshalb seien sie besonders ressourcenschonend, so der Discounter.

Das ist jedoch in den Augen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) Greenwashing. „Von einem geschlossenen Kreislauf kann keine Rede sein, wenn für die Flaschenproduktion zur Hälfte Neumaterial eingesetzt wird“, moniert DUH-Chef Jürgen Resch. „Zudem hätte Lidl darstellen müssen, wie hoch die CO₂-Mehrbelastung seiner Recycling-Einwegflaschen gegenüber Getränken in Mehrwegflaschen ist.“ Mit seiner Weigerung, Getränke in Mehrwegflaschen zu verkaufen, sei Lidl Mitverursacher der umweltschädlichen Plastikflaschenflut. In Deutschland würden jährlich mehr als 17 Milliarden Einweg-Plastikflaschen verkauft, für deren Herstellung 660 000 t Rohöl nötig seien. Deshalb seien die Lidl-Flaschen trotz ihres Recyclinganteils Ressourcen- und Energiefresser. (hn)

► DUH, Jürgen Resch, Fon 030/2400867-0, Fax -19
resch@duh.de www.duh.de

+++ Flexible Ladevorgänge. E-Auto-Nutzer akzeptieren in der Mehrheit das netzgesteuerte Laden ihrer Fahrzeuge. Das ergab ein Feldversuch im Rahmen des Niedersächsischen Schaufensters Elektromobilität, den die Stadtwerke Hannover mit den Nutzern von 40 Elektro-PKW durchgeführt haben. Der Feldversuch sollte Klarheit bringen, ob sich Elektroautos systemstabilisierend ins Stromnetz einbinden lassen. Denn je höher der Erneuerbaren-Anteil im Netz, desto schwieriger wird es, Bedarfsspitzen abzufangen. E-Autos, die in bedarfsarmen Zeiten laden und in Spitzenbedarfszeiten einspeisen, könnten das Netz entlasten. Laut Feldversuch wären zwei Drittel der E-Mobil-Nutzer bereit, das Laden ihrer Fahrzeuge in flexibel vorgegebene Zeiten zu verlagern. Der Versuch habe aber auch ergeben, dass ungesteuertes Laden zu noch höheren Lastspitzen führe – insbesondere in den Abendstunden, berichtet Projektleiter Matthias Röhrig. Deshalb führe kein Weg daran vorbei, die Ladevorgänge an die schwankende Erzeugung und Nachfrage im Netz anzupassen. (hn)

► Ein Youtube-Film fasst das Projekt zusammen:
<https://www.youtube.com/watch?v=zpZ2SsegLYo&feature=youtu.be>

► Enercity, Carlo Kallen, Ihmeplatz 2, D-30449 Hannover, Fon 0511/430-2161, Fax 0511/430-2161, carlo.kallen@enercity.de, <http://www.enercity.de>.

+++ Nachhaltiger Flughafen. Münchens Flughafen soll weiter wachsen, dies jedoch klimaneutral. Das selbstgesteckte Ziel des Managements lautet, weder der erwartete Anstieg der Verkehrsaufkommens, noch laufende Erweiterungen oder Ausbaupläne dürfen den CO₂-Ausstoß des Airports erhöhen. Wie das gehen könnte, steht in dessen Nachhaltigkeitsbericht für 2014. In dem Jahr nahm beispielsweise ein neues Blockheizkraftwerk mit 17 MW_{el} Leistung seinen Betrieb auf. Auch wurde die Beleuchtung auf allen Vorfeldern und im Hangar 2 auf stromsparende LED-Technik umgerüstet. Durch diese und einige andere Maßnahmen ist der CO₂-Ausstoß des Flughafens von 162 000 t (2005) auf 148 000 t gesunken. „Luftverkehr findet sowieso statt; er wird global wachsen, wenn er nicht hier stattfindet, dann woanders“, sagt Christina Berghäuser vom Nachhaltigkeitsmanagement des Flughafens. „Hier machen wir es so nachhaltig wie möglich, woanders haben wir keinen Einfluss.“ (hn)

► Die Publikation *Stärken. Flughafen München Bericht 2014* erhalten Sie als PDF unter www.munich-airport.de/media/download/general/publikationen/de/ib2014.pdf

► Flughafen München GmbH, Hans Joachim Bues, Nordallee 25, 85356 München, Fon 089/975-41001, Fax 089/975-41006, achim.bues@munich-airport.de, www.munich-airport.de

+++ Divestment. Der Kapitalabzug aus den fossilen Energien ist sprunghaft gestiegen. Allein im Vorlauf zum Weltklimagipfel in Paris haben nach Angaben der Klimaschutzorganisation „350.org“ rund 100 Städte, Fonds und Unternehmen angekündigt, nicht mehr in die fossile Energiewirtschaft investieren zu wollen. Damit sei die Zahl wichtiger wirtschaftlicher Akteure, die sich der sogenannten Divestment-Bewegung angeschlossen hätten, auf 500 gewachsen. In der Tat gerät das Geschäftsmodell von Firmen, die Öl, Gas oder Kohle fördern, durch aktuelle Entwicklungen in der internationalen Klimapolitik unter Druck. Denn soll die globale Erwärmung auf allerhöchstens zwei Grad begrenzt werden, müssen zwei Drittel der fossilen Ressourcen im Boden bleiben, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet. Darauf hat auch die Bank of England in einer Studie hingewiesen. Finanzkonzerne, die das Vermögen ihrer Kunden richtig anlegen wollen, müssten Klimawandel und Klimapolitik einkalkulieren, heißt es darin. (hn)

► Studie *Impact of climate change on the UK insurance Sector* als PDF unter www.bankofengland.co.uk/practicedocs/supervision/activities/pradefra0915.pdf

► 350.org, Melanie Mattauch, Fon 0151/58120184, melanie@350.org, www.350.org